

Betreff: Transparentere und leistbare
Kontoführungspakete



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

DRINGLICHER ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Michael Grossmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 12. Mai 2016**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kontoführungsgebühr, Bankomatkartengebühr, Kreditkarten inklusive, exklusive, Bearbeitungsgebühren, Sollzinsen, Habenzinsen, Rückbuchungsspesen, Mahngebühren, Kontoauszugsgebühren, Barbehebungsgebühr, Einzahlungsgebühr, Zahlscheingebühr, Buchungszeilen inkludiert, exkludiert, Gebühr pro Buchungszeile, pro zusätzlicher Buchungszeile, Automatengebühr, Schaltergebühr, Bankomatkartenbehebungsgebühr etc., etc.: Die Auflistung der unterschiedlichen Spesen, Gebühren und sonstigen Einnahmenquellen der Banken bei ihren KontokundInnen macht atemlos – als KonsumentIn auch nur einigermaßen einen Überblick zu bewahren, ist fast unmöglich. Und selbst ExpertInnen von Arbeiterkammer und Konsumentenschutz sind aus dem Stand nicht in der Lage, dazu erschöpfend Auskunft zu geben. Mittlerweile sind eigene Rechner-Portale eingerichtet, um zumindest ansatzweise die kaum vergleichbaren Bankgebühren zu durchforsten und den überfragten KonsumentInnen wenigstens einigermaßen brauchbare Ansätze für den Weg durch den Gebühren- und Spendschungel zu liefern. Zu all diesen verschiedenen Einnahmequellen kommt jetzt noch die Diskussion über die Verrechnung von Behebungsgebühren mit der Bankomatkarte, bei fremden Instituten, beim eigenen Institut, hinzu.

Diese Kreativität, was die „Einnahmepotentiale“ anbelangt, ist jedenfalls erstaunlich und führt nicht nur zur Kompensation von Zinsverlusten, sondern besonders auch zur Undurchschaubarkeit von Gebühren und Spesen für Giro-, Gehalts- und Pensionskonten. Ganz zu schweigen von den mit unschöner Regelmäßigkeit hereinbrechenden Verteuerungen bei den Kontokosten. So zeigt eine aktuelle AK-Studie, dass ein Gehaltskonto im Vergleich zum Vorjahr um ein knappes Viertel teurer geworden ist und nunmehr einen Normalnutzer durchschnittlich rund 108 Euro pro Jahr kostet. Auch nicht überraschend: Die Guthabenzinsen sind viel stärker gesunken als die Überziehungszinsen. So gibt es für

Guthaben kaum noch Zinsen, Überziehungen hingegen sind teuer, wie der aktuelle AK-Preisvergleich von 40 Gehaltskonten bei 17 Filial- und Onlinebanken zeigt.

Findige Menschen, denen Recherche und Vergleich leichter fallen, die über die Zeit und das Know How verfügen, werden sich vielleicht durch die Vielzahl an Angeboten, Kombinationen, Sonderkonditionen und Aktionen durchkämpfen können. Die vielen aber, die ein Konto primär nur deshalb unterhalten, weil es ohne nicht mehr geht, weil der Dienstgeber einerseits oder die pensionsauszahlende Stelle andererseits ein solches verlangt, oder weil die Überweisung von Miete und Betriebskosten gar nicht mehr ohne Konto möglich ist, jene also werden sich im Dschungel an Gebühren und Spesen verirren.

Keine Frage: Dort wo der sogenannte freie Markt den Preis auch und besonders im Sinne der KonsumentInnen regelt, sollte nicht eingegriffen werden. Dort aber, wo der freie Markt mangels Transparenz nicht funktioniert, ist dringend Handlungsbedarf gegeben.

Natürlich sind Banken heute mit Vorschriften zur Kapitalbildung, Bonitätsprüfung nach allen möglichen Basel Abkommen etc. sehr unter Druck. Andererseits sind Banken auch und ganz besonders von der öffentlichen Hand – sprich durch die SteuerzahlerInnen - im Zuge der Finanzkrise vor großem Schaden bewahrt worden. Wer so viel Geld aus Steuermitteln erhält bzw. über Steuermittel abgesichert wird, also auf dem Umweg über das öffentliche Budget im Wesentlichen von seinen Giro- und PensionskontenbesitzerInnen, sollte auch gegenüber genau diesen Menschen, durch die man vor dem Schlimmsten bewahrt wurde, Entgegenkommen zeigen.

Aus der Überzeugung heraus, dass öffentliches Sammeln für in Not geratene Banken - abgesehen von einer durch Mutwilligkeit in den Ruin getriebenen - nicht erforderlich sein sollte, stelle ich hier namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Petitionswege an die Bundesregierung und den österreichischen Bundesgesetzgeber heran treten und folgende Maßnahmen einfordern:

1. Die bereits begonnenen Gespräche zwischen Finanzminister und BankenvertreterInnen sind mit der klaren Zielformulierung zu intensivieren, transparente, nachvollziehbare und leistbare Kontoführungspakete zu erarbeiten, einheitliche und vergleichbare Angebote zu vereinbaren und von jeglicher zusätzlicher Vergebührung von Banktransaktionen, insbesondere einer Bankomatbehebungsgebühr abzusehen.
2. Sollten diese Verhandlungen scheitern, ist die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der oben angeführte Ziele in den Rahmen eines bindenden Gebührengesetzes für Bankdienstleistungen gießt.